

#NORD-OST #BERLIN #BETRIEBSRÄTE #PERSONENVERKEHR #VERGABE #WETTBEWERB
#VERKEHRSPOLITIK

07. August 2020

Ausschreibung S-Bahn Berlin: EVG kritisiert Bruch von Gesprächszusagen

Der Vorsitzende des Betriebsgruppenvorstandes der EVG bei der S-Bahn Berlin, Robert Seifert, ist sauer. „Verkehrssenatorin Regine Günther hat uns verbindlich zugesagt, noch vor der Ausschreibung der S-Bahn Berlin ein Gespräch mit uns zu führen. Jetzt beginnt die Ausschreibung, obwohl die Ministerin ihre Zusage noch nicht erfüllt hat. Darüber sind wir sehr verärgert. Vertrauen in die Politik wird so nicht geschaffen“, kritisierte Seifert.



Die EVG setzt sich bei der Ausschreibung des Streckennetzes insbesondere für den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. „Vor allem der Einsatz von Subunternehmern, der bei bis zu 30 Prozent liegen soll, erfüllt uns mit Sorge“, stellte der stellvertretende EVG-Vorsitzende Martin Burkert fest. Auch seien bei der Ausschreibung selbst noch viele Fragen offen. „Bei einem

so wichtigen Projekt muss Klarheit und in wesentlichen Punkten Einvernehmen bestehen.“ Nicht nur für die Beschäftigten selbst sei dies von großer Bedeutung.

Die EVG fordert weiterhin einen S-Bahn-Betrieb aus einer Hand. „Je mehr Betreiber und Schnittstellen es gibt, umso größer sind die Fehlerquellen. In einem so hochkomplexen System wie der Berliner S-Bahn sind Abstimmungsprobleme dann quasi vorprogrammiert. Das wirkt sich negativ auf einen reibungslosen Ablauf aus“, so Robert Seifert.

Zudem fordere die EVG den verpflichtenden Personalübergang für alle Beschäftigten. „Die Weiterbeschäftigung aller betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der S-Bahn Berlin unter den aktuell bestehenden Arbeits- und Sozialbedingungen muss garantiert werden - mit dem EVG-Tarifvertrag für die S-Bahn Berlin, der für alle Beschäftigtengruppen gilt“, betonte Robert Seifert. Bislang sehe der Senatsbeschluss dies nicht vor und benenne stattdessen Tarifverträge, die für die S-Bahn Berlin nicht relevant sind und schlechtere Bedingungen vorsehen. „Das ist ein Affront gegenüber den derzeit Beschäftigten, aber auch gegenüber den künftigen Kolleginnen und Kollegen, und mit uns nicht zu machen“, stellte Robert Seifert fest.

„Wir halten es für ein Unding, dass so wichtige Entscheidungen einfach durchgezogen werden sollen, obwohl im parlamentarischen Bereich deutliche Unzufriedenheit bei SPD und Linken erkennbar ist“, kritisierte der EVG-Vertreter. „Eine Vergabe ohne klare Vorgabe der Leistungen, der Sozialstandards und der Vergabekriterien ist aus unserer Sicht nicht nur ungewöhnlich, sondern auch rechtlich unsicher“, so Robert Seifert.

Die EVG habe deshalb nach wie vor großen Redebedarf. „Wir haben die Ministerin deshalb noch einmal an ihre Zusage uns gegenüber erinnert und um einen Termin gebeten“, sagte er. Schließlich kämpfen wir hier um Arbeitsplätze und soziale Standards.